

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tageblatt, Pulsnitz, Postfach 18. Tel.-Adr.: Pulsnitz, Postfach 18. Kreis-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Betreiber keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Rost's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörn, Dretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 7

Mittwoch, den 9 Januar 1929

81. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Montag, den 14. Januar 1929 öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses
vormittags 1/9 Uhr
im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Kamenz. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.
Amtshauptmannschaft Kamenz, am 8. Januar 1929.

Deffentliche Mahnung

Die Steuerpflichtigen, die ihre Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts-

und Umsatzsteuer — Termin 10. 1. 1929 — noch nicht entrichtet haben, werden hiermit aufgefordert, die rückständigen Steuerbeträge innerhalb 8 Tagen an die Finanzkasse Kamenz abzuführen. Falls die Steuerbeträge nicht rechtzeitig entrichtet werden, wird angenommen, daß die Rückstände nebst Verzugszinsen auf Kosten der Steuerpflichtigen durch Postnachnahme eingezogen werden sollen.

Wird die Nachnahme nicht eingelöst oder unterbleibt die Einziehung durch Postnachnahme, so werden die geschuldeten Beträge im Verwaltungswege beigetrieben.

Die Finanzkasse ist am Montag jeder Woche für den persönlichen Verkehr mit den Steuerpflichtigen geschlossen.

Finanzamt Kamenz

Das Wichtigste

Die beiden ersten Kohlenstaub-Lokomotiven der AEG und die ersten Lokomotiven der Studiengesellschaft für Kohlenstaubfeuerung (Henschel & Kassel) sind der Reichsbahndirektion Halle zum Erprobung im praktischen Güterzugdienst zugewiesen worden.

Dem Nobelpreisträger Professor Svoboda überwies die Rockefeller-Stiftung 50 000 Dollar für sein chemisch physikalisches Laboratorium in Uppsala.

In der staatlichen Pulverfabrik in Wetteren (Ost-Flandern) ereignete sich am Dienstag eine gewaltige Explosion. Das große allein stehende Gebäude flog in die Luft. Der Sachschaden ist sehr groß. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Steuern.) Steuerpflichtige, die ihre Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer, 10. 1. 29 noch nicht entrichtet haben, werden auf die öffentliche Mahnung des Finanzamtes Kamenz im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe besonders aufmerksam gemacht.

(Ausblick auf 1929) In einem Ausblick auf das Jahr 1929 schreibt die „Sächsische Industrie“ u. a.: Der Verband Sächsischer Industrieller wird es auch im neuen Jahr als seine Hauptaufgabe ansehen müssen, gegen unbedingte Forderungen des Auslandes, wie sie durch den irreführenden Bericht des Reparationsagenten hervorgerufen werden müssen, durch Widerlegung der Darlegungen des Herrn Parker Gilbert und durch Aufklärung der Deffentlichkeit über die tatsächlichen Verhältnisse, wenigstens soweit Sachen in Frage kommt, zu kämpfen. Er wird weiter zu kämpfen haben gegen eine neue ungerechte Belastung der sächsischen Wirtschaft durch Reichsteuern und gegen Ansichten, wie sie von Herrn Severing hinsichtlich der Tragfähigkeit der Wirtschaft in Bezug auf neue Steuern zum Ausdruck gebracht worden sind, und er wird sich neben der Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder gegenüber den in Sachen selbst, z. B. auch durch die Politisierung mancher Gemeindevertretungen, erwachsenden Aufgaben im neuen Jahre, auch besonders zu wenden haben gegen Uebergriffe von Zentralisierungsfanatikern. Wir gehen in das neue Jahr hinein mit dem Bewußtsein, daß schwere Kämpfe uns bevorstehen, daß aber nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt, und daß wir deshalb, solange überhaupt nur eine Möglichkeit auf eine Besserung unserer Lage vorhanden ist, die letzten Kräfte daransetzen müssen, um nach allen schweren Erschütterungen der Wirtschaft, die wir erleben mußten, eines Tages doch zu erträglichen Verhältnissen kommen.

(Die neue Dienst-Kleidung bei der Reichspost.) In einer Verfügung vom 19. Dez. 1928 bestimmt der Reichspostminister folgendes: „Wo wegen entgegenstehender Schwierigkeiten die für die Beschaffung der neuen Dienstkleidung vorgeschriebenen Fristen nicht eingehalten werden können, soll das Ausstragen vorhandener Dienstkleidungsstücke, die noch gut erhalten sind, bis auf weiteres nicht beanstandet werden. Ich spreche die Erwartung aus, daß im Außendienst, soweit irgend möglich, die neue Dienstkleidung gezeigt wird.“

(Mütterberatung) findet statt am Mittwoch, 16. Januar, nachm. 1/3 Uhr in der Schule zu Lichtenberg.

Kamenz. (Ein Scheunenbrand.) Die massive Scheune des Erbgerichts, Besitzer Heinrich Jokubitz in Cunnewitz, brannte nieder. Ein großer Teil der Ernte und Wirtschaftsgeräte sowie eine geliebte Dreschmaschine fielen dem Brande zum Opfer. Es wird Brandstiftung vermutet.

Löbau. (Katastrophale Grippeepidemie.) Im Cunnewitzer Tale ist die Zahl der an Grippe Erkrankten so gestiegen, daß die Ärzte nicht mehr alle

Botschafter von Hoesch bei Stresemann und Hindenburg

Kabinettsitzung über die Ernennung der Reparationsfachverständigen?

Dr. Matschek über das neue Belgrader Kabinett

Berlin. Der Besuch des deutschen Botschafters in Paris von Hoesch in der Reichshauptstadt hat in erster Linie den Zweck, eine Aussprache des Botschafters mit dem Außenminister Dr. Stresemann und den sonstigen zuständigen Persönlichkeiten in Berlin über die gesamte Entwicklung der monatelangen Verhandlungen herbeizuführen, die der Botschafter in Paris über die Grundlagen der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz geführt hat. Diese Verhandlungen sind außerordentlich schwierig und wechselvoll gewesen, da bei Poincaré ständig neue Wünsche zur Abänderung der Genfer Vereinbarungen auftauchten.

Im Laufe dieser ganzen Zeit ist keine Gelegenheit zu einer persönlichen Rücksprache des Botschafters mit dem Außenminister oder anderen Kabinettsmitgliedern gewesen, so daß nunmehr nach dem Abschluß dieser wichtigen Vorverhandlungen beiderseitig der Wunsch nach einer eingehenden Erörterung dieser Verhandlungen besteht.

Herr von Hoesch wird, wie dies bei jedem Besuch eines auswärtigen Botschafters in Berlin üblich ist, auch dem Reichspräsidenten von Hindenburg Vortrag halten. Man nimmt an, daß alsbald

nach diesen Unterredungen die Ernennung der deutschen Mitglieder der Sachverständigenkommission erfolgen wird,

jedoch ist auch jetzt die Frage noch nicht geklärt, ob es dazu einer besonderen Kabinettsitzung bedarf, die dann wahrscheinlich unter dem Vorsitz des Außenministers in Stellvertretung des Reichsanzlers abgehalten würde. Es bestand der Plan, neben den Bankfachleuten auch führende Industrielle in die Kommission zu entsenden, aber zur Zeit gewinnt es den Anschein, als ob die beiden Hauptdelegierten beide aus dem Bankfach entnommen würden. Man hält die Herren Schacht und Melior für die Spitzenkandidaten, während Generaldirektor Böglner vor allem mit Rücksicht auf seine Erkrankung vermutlich nur einen der Stellvertreterposten übernehmen wird. Ob die Ernennung der deutschen Sachverständigen gleichzeitig mit denen der Alliierten am 10. Januar stattfindet, unterliegt zur Zeit noch den Erörterungen im Kreis der Reichsregierung.

Ernennung der alliierten Sachverständigen am 10. Januar.

Paris. Die Reparationskommission wird in einer Sitzung am 10. Januar die Ernennung der Delegierten von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan für den Sachverständigenauschuß vornehmen. In Paris nimmt man an, daß die Ernennung der deutschen Delegierten durch die Reichsregierung voraussichtlich mit der Ernennung der Sachverständigen der Gläubigermächte durch die Reparationskommission zusammenfallen wird. Die offiziellen Delegierten der Vereinigten Staaten werden gemeinsam von den fünf Gläubigermächten und Deutschland ernannt werden. Die voraussichtliche Liste der alliierten Sachverständigen dürfte das bereits genannte Aussehen haben. Für Japan kommen Mori, früherer Finanzattaché an der Londoner Botschaft, und Aoki, Vizegouverneur der Kaiserlichen Bank von Japan, hinzu.

Graf Westarp gegen Parker Gilbert.

Berlin. Graf Westarp führte in einer Rede über die Aufgaben der deutschen Reichstagsfraktion u. a. aus: Wenn Parker Gilbert in seinem New-Yorker Interview meinte, der Jahresbericht enthalte alles, was über die Auslandsanleihen zu sagen sei, so wird abzuwarten sein, ob die deutsche Uebersetzung im Gegensatz zu dem, was bisher bekannt geworden ist, den Punkt klar herausstellt, auf den alles ankommt, daß nämlich das Dawesabkommen bisher auf seiner eigentlichen Grundlage eines deutschen Exportüberschusses überhaupt nicht durchgeführt

worden ist, daß es seine Probe also nicht bestanden hat, daß die Reparationen vielmehr nur mit geborgtem Gelde bezahlt sind, daß die deutsche Auslandsschuld in den vier Damesjahren auf sieben Milliarden langfristige und fünf Milliarden kurzfristige Kredite angewachsen ist, und daß in sehr absehbarer Zeit dieser Zustand und damit die Transfermöglichkeit ein Ende nehmen muß. Der Reparationsagent hat die Begehrlichkeit selbst der kleinen Gläubiger ins Unglaubliche gesteigert.

Dr. Matschek über das neue Belgrader Kabinett

Berlin, 9. Januar. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Belgrad meldet, gab der Vorsitzende der Kroatischen Bauernpartei, Dr. Matschek, in Ugram neue Erklärungen zum Regimewechsel ab. Sämtliche Ugramer Zeitungen, die diese Erklärungen brachten, seien beschlagnahmt worden. Matschek betonte, daß die Nachrichten falsch wären, wonach er den drei Kroaten, die an der heutigen Belgrader Regierung teilnehmen, also dem Sozialminister Drinkowitsch, dem Landwirtschaftsminister Frances und dem Finanzminister Swarljuga den Eintritt in die Regierung angetragen hätte. Richtig sei nur, daß er, als einer der drei Herren ihn darüber befragte, er würde dem Eintritt in eine Regierung nicht nur gatheßen, sondern sogar empfehlen, falls diese Regierung ganz unpolitisch sei und zur Rekonstruktion des Staates im Sinne der kroatischen Forderungen beitragen würde. Die heutige Regierung sei jedoch nicht völlig unpolitisch, da von den vier Parteien der früheren Regierung drei in der Regierung vertreten seien und anscheinend auch die vierte Partei ebenfalls mit einem Vertreter bald teilnehmen werde. Da die in der Regierung vertretenen Parteien sich schon früher gegen die kroatischen Forderungen erklärt hätten, so sei es klar, daß die Zusammensetzung der heutigen Regierung keine Gewähr für eine Rekonstruktion des Staates bilde, außer, wenn sich die Meinungen inzwischen geändert hätten. Die nächste Zukunft werde das ja erweisen. Die kroatische Bauernkoalition bleibe im Verein mit ihren serbischen und slowenischen Freunden nach wie vor bei ihren alten Forderungen.

Verworrene Zustände in Südamerika.

Genf. Nach hier vorliegenden Nachrichten erscheinen die Zustände in Südamerika außerordentlich verworren. Argentinien hat die Vermittlung zwischen Bolivien und Paraguay sehr schnell aufgegeben; Brasilien hat die Beteiligung an dem Schiedsgericht abgelehnt, weil 1. seine Verträge mit Bolivien und Paraguay nicht ratifiziert sind und weil es 2. gewisse gemeinsame Interessen am Chaco-Gebiet besitzt. Mit Washington steht dagegen Brasilien in ständiger Fühlung und reserviert anscheinend seine Intervention für spätere, kritischere Zeiten. Auch Chile hält sich bekanntlich stark zurück.

Andererseits finden Verhandlungen zwischen Chile und Peru statt, bei denen es sich um die Provinzen Taina, und Arica handeln soll, die schon so lange zwischen Peru und Bolivien einerseits, Chile andererseits strittig sind. Wie nunmehr verlautet, soll die erstgenannte Provinz an Peru gelangen, die andere bei Chile bleiben. Damit ginge Bolivien leer aus.

Nimmt man schließlich dazu, daß aus Paraguay gemeldet wird, daß dort zwei Deutsche wegen Spionage für Bolivien verhaftet worden sind, so erkennt man eine mit der bekannten Propaganda beginnende Front gegen Bolivien, das im Völkerbund schon lange unbeliebt ist.